

Antragssteller: Landesvorstand  
Abstimmungsergebnis: 4/0/1

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen die folgende Punkte im Abschnitt Bildung zu ersetzen bzw. einzufügen:

**ÖDP Forderungen zur Bildung**

Konkrete Forderungen!

Zweitwohnsitzsteuer abschaffen

Studenten nicht weiter mit unsinnigen Kosten belasten

Die ÖDP in Nordrhein-Westfalen ist für die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer für Studierende in den Kommunen. Zahlreiche Studierende die mit Zweitwohnsitz nahe ihren Universitäten wohnen müssen Zweitwohnungssteuer bezahlen, wenn sie nicht ihren Hauptwohnsitz verlagern. Damit trifft die Steuer jedoch genau die, die meist über geringe Einkünfte verfügen.

Vorschulische Bildung verbessern

Die vorschulische Betreuung muss verbessert werden. Dazu muss v.a. mehr Personal zusätzlich in diesen Bereichen eingesetzt werden um das Verhältnis Kinder/Betreuer deutlich zu verbessern. So wird eine bessere individuelle Betreuung ermöglicht.

Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr

Miteinander Lernen können heißt auch einander verstehen könne

Damit die Kinder in der Grundschule gemeinsam lernen können sind gewisse vorschulische Grundkenntnisse nötig. Insbesondere müssen alle Kinder vor der Grundschule über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen um ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Das dritte Kindergartenjahr muss daher verpflichtend sein. Durch weitere Programme sollte auch versucht werden Familien mit Migrationshintergrund zu dem dreijährigen Kindergartenbesuch ihrer Kinder oder Kindersprachkurse zu bewegen, um Sprachbarrieren für ihre Kinder abzubauen.

Beitragsfreiheit für das erste Kindergartenjahr

Das erste von drei Kindergartenjahren (d.h. das vierte Lebensjahr) soll für die Eltern beitragsfrei sein, um die Motivation für Kinder und Eltern – überhaupt eine Kita aufzusuchen – zu erhöhen.

Mobile Reserven für Kindergärten und Schulen

Ausfälle von Lehr- und Betreuungspersonal durch längere Krankheiten, Fortbildungen oder Erziehungsurlaube stören oft eine ausreichende Betreuung. Durch einzelne Kindergärten oder Schulen sind diese Ausfälle nur zum Teil auszugleichen. Es müssen dabei „Mobile Reserven“ an Lehr- und Betreuungspersonal gebildet werden um längere Ausfälle zu vermeiden.

Waldkindergärten fördern. Leider fehlt Kindern oft der Zugang zur natürlichen Lebensumwelt. Dieser wird häufig weder vom Elternhaus, noch von herkömmlichen Kindergärten gefördert. Die virtuelle Welt der Computerspiele kann jedoch den Umgang mit der Natur nicht ersetzen.

Deshalb sind Waldkindergärten zu fördern: Sie bieten Kindern die Möglichkeit, Natur zu erfahren, Tiere in ihrer natürlichen Umwelt zu beobachten, aber auch im Freien zu spielen. Dabei sind Waldkindergärten auch unter finanziellen Aspekten für die Träger dieser Einrichtungen attraktiv: Es bedarf keiner großen Infrastruktur. Unterstellmöglichkeiten bei Extremwetter und Toilettenanlagen reichen aus, um einen Waldkindergarten einzurichten. Bei konventionellen Kindergärten wäre es ratsam wöchentlich einen Naturtag durchzuführen.

### Werbeverbot im Bildungsbereich

Bildungseinrichtungen müssen frei von Konsumwerbung sein!

Die Wirtschaft dringt in zunehmend mehr Lebensbereiche ein. Die ÖDP steht diesem Trend sehr kritisch gegenüber: Wirtschaft und öffentliche Daseinsvorsorge (Schulen, Krankenhäuser etc.), sowie Ämter müssen auch weiterhin getrennt bleiben.

### **ÖDP Forderungen zur Schule**

#### Länger gemeinsam lernen

*Für eine 6-jährige Grundschule*

Die Anfangsjahre der Schulzeit sind für Kinder sehr bedeutend, die persönliche Leistungsentwicklung verläuft jedoch unterschiedlich schnell. Die gemeinsame Grundschule muss daher auf 6 Jahre verlängert werden. Der weitere persönliche Bildungsverlauf ist nach 6 Jahren besser abzusehen und schränkt die Persönlichkeitsentwicklung nicht ein.

#### Englisch ab der 3.ten Klasse

Die Möglichkeiten Sprachen einfach zu erlernen sind im Kindesalter am größten. Daher sollte in der 3. Klasse spielerisch mit dem Erlernen der ersten Fremdsprache begonnen werden. Auf Grund der Verbreitung und der Verwendung im Internet und der Bedeutung im Bereich Informatik und Wissenschaft soll es sich bei dieser Fremdsprache um Englisch handeln.

#### Zwei- statt Fünfgliedrig

Eine Schullandschaft aus Gymnasium, Gesamtschule, Hauptschule, Realschule und Sekundarschule spaltet Jugendliche zu sehr auf und führt oftmals zu einem Qualitätsverlust der Lehre, worunter vor allem die Hauptschule zu leiden hat. Stattdessen muss ein zweigliedriges Schulsystem eingeführt werden, das die Jugendlichen besser auf ihre individuellen Berufsziele vorbereitet.

Das Gymnasium ist mit dem Ziel Jugendliche auf ein Hochschulstudium vorzubereiten weiterzuführen. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt hierbei darin Voraussetzungen für ein Studium zu vermitteln und an wissenschaftliches Arbeiten heranzuführen.

Eine neu einzurichtende Fachschule soll hingegen verstärkt für eine Ausbildung und den Berufseinstieg vorbereiten. Berufspraktika und angewandtes Lernen stehen bei dieser Schulform verstärkt im Fokus. Beide Schulformen bieten alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur an, begleiten die Schüler- und Schülerinnen aber dabei gezielter in Hinblick auf ihre weitere berufliche Entwicklung.

#### Bildung braucht Zeit und kein Turbo-Abitur

Die Hochschulreife schon nach 12 Jahren führt zu einem viel zu hohen Druck auf Schüler und Lehrplan. Um eine umfassende und auch für die Hochschulen notwendige Bildung zu erreichen sind wieder Schulzeit von 13 Jahren bis zum Abitur einzuführen.

Mehr als nur Englisch

In einer immer globaler werdenden Welt nimmt die Bedeutung von Fremdsprachen, trotz der Dominanz von Englisch, zu. Daher sollten alle Jugendlichen die Grundlagen einer weiteren Fremdsprache frühzeitig erlernen können. Aus diesem Grund muss mit der 7 Klasse im Rahmen eines Wahlverfahrens allen Schülern/innen die Möglichkeit gegeben werden eine zweite Fremdsprache zu erlernen.

#### Ganztagschule einschränken

*Kontakte, Freiraum und Bildung stärken*

Durch die Verkürzung des Abiturs auf 12 Jahre ist Nachmittagsunterricht unablässig geworden.

Eingeschränkt sollte die Ganztagschule auch nach Abschaffung des Turboabiturs erhalten bleiben. Die Möglichkeit seine Freizeit flexibel und selbstständig mit Freunden, in Vereinen oder mit anderen außerschulischen Aktivitäten zu verbringen darf jedoch nicht beeinträchtigt werden. Der verbindliche Nachmittagsunterricht soll daher auf zwei, landesweit einheitliche, Wochentage beschränkt sein.

Bei den Nachmittagsangeboten muss lokal die Chance genutzt werden auch weniger nachgefragte Fächer durch Kooperation anzubieten. Die gemeinsame Bindung von Wahlfächerzeiten hilft dabei ein größeres Bildungsangebot zu liefern. So können auch Fremdsprachen wie Spanisch, Russisch, Chinesisch, Türkisch oder Sprachen angrenzender Nachbarländer, sowie gesellschafts- und naturwissenschaftliche

Spezialisierungen angeboten werden.

### Individuelle Förderung für jedes Kind

*Unsere Kinder brauchen kleine Lerngruppen und individuelle Förderung*

Unsere Kinder brauchen kleine Lerngruppen und individuelle Förderung

Wir treten dafür ein, dass im Kindergarten und in allen Schularten die Kinder ermutigt und in kleinen Lerngruppen individuell gefördert werden, sodass sie Freude am Erfolg und an der Leistung entwickeln können. In den Ländern mit guten Schulerfolgen stehen den Lehrern und Schülern mehrere zusätzliche Helfer (Studierende, Förderlehrer, nebenamtliche Helfer, freiwillige Aktiv-Senioren etc.) an der Seite, um leistungsfähigen Schülern zusätzliche Anregungen zu vermitteln, oder hilfsbedürftigen Schülern den Stoff nahezubringen. Daher soll eine „Zweite Kraft“ in Schulklassen eingestellt werden. Das heißt, mit einem Pilotprojekt in den ersten Klassen der Grundschulen zu starten und nach und nach auf alle Schulklassen auszuweiten.

### Kleine Klassen

Unterschiedliche Vorbildung in den Elternhäusern und immer häufiger auftretende Lernstörungen und soziale Probleme machen andere Unterrichtsmethoden notwendig und verlangen intensivere erzieherische Bemühungen. Das geht nur in kleineren Klassen. Klassenstärken von 20 bis 25 Kindern bzw. Jugendlichen sind anzustreben. Bei mehr als 27 Schülerinnen/Schülern ist die Klasse zwingend zu teilen.

### Religionsunterricht erhalten

Der Religionsunterricht soll die „Vernunftfähigkeit“ von Religion und Glaube erproben, die kulturelle Identität fördern, die Identitätsfindung der Schüler unterstützen, gesellschaftliche Absolutheitsansprüche relativieren und so Schlüsselqualifikationen für die individuelle und soziale Lebensgestaltung vermitteln. Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen und als solches durch das Grundgesetz garantiert (Art. 7,3). Der weltanschaulich neutrale Staat bedarf der Religionsgemeinschaften zur Konkretisierung und pädagogischen Umsetzung der positiven Religionsfreiheit (GG Art. 4,1).

Der konfessionelle Religionsunterricht soll von ökumenischer Offenheit geprägt sein und die Dialogfähigkeit fördern. Hierzu sind Formen einer geregelten konfessionellen Kooperation von ev. und kath. Religionsunterricht weiter auszubauen.

### Philosophie soll Reli-Unterricht ergänzen - nicht ersetzen

Philosophie als Ersatzfach für Religion anzubieten ist falsch. Dieses Fach muss im Wechsel mit dem regulären Religions-/Ethikunterricht allen Schülern zu Verfügung stehen, da Philosophie kein Ersatz für Religion ist. Dessen Lehre ist für Schüler jeglicher Religion als Wissens- und persönlichem Erkenntnisgewinn anzusehen.

### Religionsunterricht als Chance für interkulturelles und interreligiöses Lernen

Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und Herausforderungen ist der schulische Religionsunterricht weiter zu entwickeln, u.a. durch fachübergreifende und fächerverbindende Formen gemeinsamen Lernens. Hilfreich hierzu ist ein Kooperationsmodell von konfessionellem Religionsunterricht und Ethik- bzw. Philosophie-Unterricht mit Phasen integrativen und differenzierenden Lernens. Die zunehmend kulturell und religiös plurale Situation der Schüler stellt den Religionsunterricht vor die Herausforderung, zu einer interkulturellen und interreligiösen Erziehung beizutragen, die der Schule insgesamt aufgegeben ist („Didaktik der Begegnung“).

### Philosophie für alle

Die Philosophie muss in den Schulen für alle als verpflichtendes Schulfach eingeführt werden. Hier werden grundlegende Gedanken über die Gesellschaft gelehrt und auch ein wesentlicher Denkprozess an die Schüler herangeführt.

Dass teilweise Philosophie als Ersatzfach für Religion angeboten wird, ist daher falsch, da diese Lehre auch für konfessionelle Schüler zusätzlich zum Religionsunterricht hilfreich ist.

Für nicht konfessionelle Schüler muss als Religionsunterrichtersatz ein Fach angeboten werden, dass

ethische Maßstäbe nicht konfessionell betrachtet.

### Kurze Beine - kurze Wege

#### *Schulen am Lebensort der Kinder*

Der Tendenz zu immer weiteren und aufwändigeren Schulwegen immer jüngerer Schüler muss entgegengewirkt werden. Schulen im ländlichen Bereich sind zu erhalten und gegebenenfalls wieder zu öffnen.

### Schule für alle Sinne

In allen Schularten, insbesondere auch im verkürzten Gymnasium, finden die musischen Fächer zu wenig Raum. Diese fördern aber nicht nur die Lebensfreude der Kinder, sondern nachweislich auch die intellektuelle Leistungsfähigkeit.

Auch die Gesundheitsvorsorge muss in allen Schulen ein größeres Gewicht erlangen. Tägliche Erlebnisse der Lebenslust müssen an den Schulen möglich sein: Bewegungsspiele, Entspannungsübungen, gesunde Angebote im Pausenverkauf und in der Mittagspause. Leider gibt es nicht für alle Kinder und nicht überall die Chance, gesund und schmackhaft zu essen. Wer selbst kochen kann, gewinnt Lebensqualität. Kochen und zeitgemäßes Haushaltsmanagement sollten deshalb in der Schule angeboten werden.

### Lehrermangel bekämpfen

In vielen Schulen herrscht schon aktuell ein Mangel an Fachlehrern. NRW muss durch verstärktes Werben für den Lehrerberuf und verbesserten Möglichkeiten für Quereinsteiger versuchen diesen Mangel zu beheben und mehr Lehrer einstellen. Die Aufstockung sollte sich zudem nach dem absehbaren Bedarf durch Schülerzahlen richten und nicht nach Wahlterminen.

### Neue Energien in Unterricht und Studium

Die regenerativen Energien sind für die Zukunft, besonders im Schatten des Klimawandels, unverzichtbar. Es ist wichtig, dass auch in Schule und Hochschule diese Energiegewinnung behandelt und auch an eigenen Experimenten oder Anlagen getestet und erforscht werden können.

## **ÖDP Forderungen zur Hochschule**

### Humboldt statt Bologna-Prozess

Der Bologna-Prozess hat in Deutschland und NRW zu einem stark verschulden und unselbstständigen Studium geführt. Das neue System hat dabei nichts mehr mit dem Humboldt'schen Bildungsbegriff zu gemeinsam. Dies muss korrigiert werden.

So muss das Studium flexibler gestaltbar sein und die aktuelle Dauerprüfungssituation abgeschafft werden. Zudem muss für jeden Bachelorabsolventen ein Masterstudienplatz zur Verfügung stehen. Auslandssemester und Praktika sollten vermehrt gefördert, statt durch den Leistungs- und Zeitdruck verhindert werden.

### Kostenfreie Bildung - keine Studiengebühren

*Gebührenpflicht für Bildung an Schule und Hochschule muss tabu sein – keine Wiedereinführung von Studiengebühren!*

Von einer gut ausgebildeten Jugend haben alle großen Nutzen. Deshalb war es jahrzehntelang selbstverständlich, dass die Ausbildung der Jugend an öffentlichen Schulen und Hochschulen über Steuerzahlungen finanziert wurde. Studiengebühren, die den Zugang zu den Hochschulen erschweren und selbst zu einer Verschlechterung der persönlichen Leistungen führen können, müssen abgeschafft bleiben, da sie familien- und bildungsfeindlich sind.

### Hochschulen demokratisieren und Wissenschaftsvielfalt erhalten

#### *Gemeinsam über Vielfalt entscheiden*

Die Leitung von Hochschulen sollte vor Ort von allen Beteiligten gemeinsam erfolgen. Durch die neu eingeführten Hochschulräte hingegen verlagert sich die Entscheidungskompetenz an Fremde, was zu einer zunehmenden Ausrichtung der Hochschulen auf wirtschaftlich relevante Bereiche führt. Es ist auch Aufgabe der Hochschulen gut qualifizierte Absolventen für den Arbeitsmarkt auszubilden, dies darf aber nicht dazu führen Grundlagenforschung oder spezielle Wissenschaftsbereiche zu vernachlässigen. Durch eine

verstärkte Förderung der Hochschulen müssen Kapazitäten in von der Wirtschaft stark nachgefragten Segmenten erweitert werden, jedoch ohne anderen Bereichen die Mittel zu entziehen.

Hochschulen verstärkt fördern und modernisieren

Die Ausstattung vieler Hochschulen ist veraltet und die Kapazitäten an Räumen und Personal ist oft unzureichend. Diese Missstände müssen durch vermehrte Ausgaben für die Hochschulen und nicht durch Studiengebühren finanziert werden.

### Begründung

-